

Pressemitteilung

Studie zur körperlichen Bestrafung von Kindern:

„Ein Klaps auf den Po hat noch niemanden geschadet“?

Berlin/Hannover, 19.11.2020

Vor 20 Jahren, am 8. November 2000, trat in Deutschland das Recht jedes Kindes auf gewaltfreie Erziehung in Kraft. Trotz positiver Trends sehen viele Menschen in Deutschland körperliche Bestrafung weiter als angebracht an. Das zeigt eine neue repräsentative Studie von Forscherinnen und Forschern der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie Ulm um den renommierten Kinder- und Jugendpsychiater Prof. Dr. med. Jörg Fegert im Auftrag von Kinderschutzbund und UNICEF.

So ist jeder Zweite noch immer der Auffassung, dass ein Klaps auf den Hintern noch keinem Kind geschadet habe. Jeder Sechste hält es sogar für angebracht, ein Kind zu ohrfeigen.

„20 Jahre nach der Gesetzesänderung bleiben Herausforderungen“, sagt Ekin Deligöz, Vizepräsidentin des Kinderschutzbundes. „Denn das Recht jedes Kindes auf gewaltfreie Erziehung geht weit über den Verzicht auf körperliche Bestrafungen hinaus. Es ist eine Frage der gesellschaftlichen Haltung. Die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ist ein längst überfälliger Schritt, um die Rechte der Kinder auf Schutz, Förderung und Beteiligung zu stärken.“

Insbesondere das Ausmaß und die negativen Folgen psychischer Gewalt gegen Kinder werden bis heute unterschätzt.

Ansprechpartnerin:

Edna Skala-Kern

Telefon: (0511) 44 40 75
Mobil: (0172) 441 89 86

skala-kern@dksb-nds.de
www.dksb-nds.de

„Vielen Menschen ist gar nicht bewusst, dass auch Strafen mit Nicht-Achtung, Liebesentzug oder auch Herabsetzung von Kindern Formen der Gewalt sind. Hier besteht noch viel Aufklärungsbedarf für einen Bewusstseinswandel“, Johannes Schmidt, Landesvorsitzender des Kinderschutzbunds Niedersachsen.

Seit der Jahrtausendwende ist der Anteil der Menschen, die Gewalt anwenden bzw. als angebracht ansehen, zwar insgesamt gesunken. In den Jahren von 2016 bis 2020 stagnieren die Zahlen aber. Die Akzeptanz von körperlicher Bestrafung hat damit ein Plateau erreicht. Insbesondere leichtere Körperstrafen bleiben bei einem Teil der deutschen Bevölkerung weiterverbreitet.

Weitere Ergebnisse der Studie

- Die Zustimmung zu Körperstrafen bei Kindern ist bei Männern größer als bei Frauen. So stimmen Männer dem Klaps auf den Hintern mit 57,8 Prozent häufiger zu als Frauen mit 47,1 Prozent.
- Je älter die Befragten sind, desto seltener lehnen sie Körperstrafen ab. So lehnen 55,4 Prozent der Befragten unter 31 Jahren den Klaps auf den Hintern ab, verglichen mit 34,7 Prozent der Befragten über 60 Jahren.
- Wer Gewalt erfahren hat, akzeptiert sie eher in der Erziehung. Teilnehmende, die selbst als Kind Körperstrafen und emotionale Gewalt erlebt haben, stimmen Körperstrafen in der Erziehung eher zu als Menschen, die ohne Gewalt groß geworden sind. So ist die Wahrscheinlichkeit, der Aussage „Ein Klaps auf den Hintern hat noch keinem Kind geschadet“ zuzustimmen, bei der Gruppe, die selbst Körperstrafen in der Kindheit erlebt hat, fast 16-mal so hoch wie bei Menschen, die keine Körperstrafen erlebt haben. Haben sie emotionale Gewalt erfahren, ist die Wahrscheinlichkeit doppelt so hoch.

Hintergrund:

Im Auftrag von UNICEF Deutschland und dem Kinderschutzbund hat ein Forschungsteam der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm im Frühjahr 2020 2.500 repräsentativ ausgewählte Personen zu ihren Einstellungen zu Körperstrafen in der Erziehung befragt. Die aktuelle Studie baut auf bestehenden Arbeiten zur Akzeptanz von Körperstrafen auf und untersucht, wie sich Einstellungen seit Inkrafttreten des Rechts auf eine gewaltfreie Erziehung im Jahr 2000 verändert haben. Die Studie selbst kann unter www.dksb.de abgerufen werden.

Der Kinderschutzbund, Landesverband Niedersachsen – Kinder haben Rechte!

Der Kinderschutzbund, Landesverband Niedersachsen e.V., gegründet 1957, hat 58 Orts- und Kreisverbänden. Der DKSB setzt sich für die Interessen von Kindern sowie für Veränderungen in Politik und Gesellschaft ein. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Kinderrechte, Kinder in Armut, Gewalt gegen Kinder sowie Kinder und Medien.